



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

6. Sitzung (öffentlich)

30. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:31 Uhr bis 17:14 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW (<i>beantragt von Yvonne Gebauer [FDP] [s. Anlage 1]</i>)	6
2	Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand zur Ausbreitung des Coronavirus und in diesem Zusammenhang getroffene Maßnahmen	19
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	
3	Schwarz-Grün ist der Bremsklotz für bezahlbares Wohnen: Die Landesregierung muss endlich selbst handeln und für die Mieterinnen und Mieter Sicherheit schaffen	23
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/630	

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Digitalisierung
Stellungnahme 18/21
Stellungnahme 18/25
Stellungnahme 18/26
Stellungnahme 18/27
Stellungnahme 18/30
Stellungnahme 18/33
Stellungnahme 18/34
Stellungnahme 18/36
Stellungnahme 18/38
Stellungnahme 18/40

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

4 Eine respektvolle Pflege in NRW – Pflegende Angehörige stärken! 25

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1685

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

5 Schutz von Kindern und Jugendlichen vor geschlechtsangleichenden medizinischen Eingriffen 26

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/1680

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Martin Vincentz (AfD), eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

- 6 Die Gesundheitsversorgung von Familien sicherstellen – Kuren für Familien, Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung in NRW retten!** 27
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1686
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Christina Weng (SPD), eine Anhörung durchzuführen.
- 7 Entwurf einer Elften Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Heilberufe** 28
- Vorlage 18/520
Drucksache 18/1838
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss ist angehört worden.
- 8 Lieferengpässe bei Medikamenten** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) 29
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/504
- Wortbeiträge
- 9 Versorgung durch Rehakliniken im Kontext der Krankenhausplanung in NRW** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) 30
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/517
- Wortbeiträge
- 10 E-Rezept** (*Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4]*) 32

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/505

– Wortbeiträge

- 11 Einführung des neuen Personalbemessungsverfahrens (PeBeM) in der stationären Altenpflege – wie soll der Übergang von der bisherigen Fachkraftquote zum PeBeM gestaltet werden?** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5])* **34**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/503

– Wortbeiträge

- 12 Verschiedenes** **35**

– keine Wortbeiträge

* * *

6 Die Gesundheitsversorgung von Familien sicherstellen – Kuren für Familien, Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung in NRW retten!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1686

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 23.11.2023)

Da Ministerin Dorothee Feller (MSB) in der letzten Woche in der Plenardebatte geäußert habe, dass sich Entlastungsmaßnahmen bereits in Planung befänden, erkundigt sich **Christina Weng (SPD)**, ob dazu schon Konkretes gesagt werden könne.

Zum einen habe die Bundesregierung Entlastungen für Kureinrichtungen und Mutter-Kind-Kliniken auf den Weg gebracht, zum anderen prüfe die Landesregierung diese Entlastungen derzeit auf Lücken, um dann möglicherweise weitere Förderungen zu initiieren, erläutert **RB'r Gerhard Herrmann (Abteilungsleiter MAGS)**. Ein abschließendes Ergebnis der Abstimmungen in der Landesregierung gebe es noch nicht.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Christina Weng (SPD), eine Anhörung durchzuführen.

